

Beitrag der Wetterauer Aktion Frieden zur 1. Mai Kundgebung des DGB 2023 in Friedberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

-1-

ich freue mich, dass die DGB Maiveranstaltung heute in Friedberg stattfindet und dass ich die Gelegenheit habe, hier als Gewerkschafterin und aktives Mitglied der Wetterauer Aktion Frieden zu euch zu sprechen.

Einige von euch kennen mich schon. Heute rede ich mal nicht darüber, dass Militär und Krieg verheerend für Umwelt und Klima sind, oder für die Länder, aus denen wir uns die Rohstoffe holen, für die Menschen, deren Lebensgrundlagen durch bewaffnete Konflikte zerstört werden, die traumatisiert werden, die sterben oder flüchten.

Es geht mir heute auch nicht darum, dass das Geld, die Rohstoffe, die Produktion und der Erfindergeist, die in Rüstung und Militär fließen, zur Bewältigung sozialer und ökologischer Krisen dringend benötigt würden.

Mein Schwerpunkt liegt heute auf der Militarisierung in Deutschland und warum Gewerkschaften etwas dagegen tun müssen.

Kolleginnen und Kollegen

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland haben zu einer hohen Inflation, explodierenden Energiekosten und stark steigenden Nahrungsmittelpreisen geführt. Das wirkt sich auf viele Bereiche aus.

Etliche von euch waren in den vergangenen Monaten an den Streiks beteiligt, um spürbare Lohnerhöhungen zu erreichen. Lohnerhöhungen, die nötig sind, damit Nahrungsmittel, Gesundheit, Wohnen, Energie und Bildung bezahlbar bleiben. Mindestens die Inflationsrate müsste ausgeglichen werden. Doch das passiert nicht. Stattdessen sind wir unsäglichen Vorschlägen ausgesetzt, wo wir sparen sollen.

Um zu sehen, dass solche Vorschläge völlig an der Lebensrealität vorbeigehen, dafür braucht ihr von hier aus nicht weit zu gehen. In einer Nebenstraße nicht mal 100 Meter von hier unterstützt die Friedberger Tafel die seit Jahren wachsenden Zahl von Hilfesuchenden. 200 Meter weiter bilden sich zwei mal die Woche Warteschlangen vor der Sprechstunde der Linke Hartz IV Hilfe.

In den kommunalen Behörden und Hilfeangeboten fehlen ausreichend Mittel und Personal für die Unterstützungsleistungen, auf die die Menschen gesetzlich einen Anspruch haben.

Nicht anders sieht es bei der Infrastruktur von Kitas, Schulen, Gesundheit, Pflege oder Verkehrsbetrieben aus. Und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Das ganze Gegenteil ist der Fall. Warum ist das so?

Kolleginnen und Kollegen

Drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine stellte sich Kanzler Scholz vor die Abgeordneten des Bundestages, erklärte die „Zeitenwende“ und verkündete eine neue Außen- und Verteidigungspolitik der militärischen Stärke.

Woher kommt dieser plötzliche Wandel von der bisherigen Politik der militärischen Zurückhaltung? Wieso die Abkehr von der Haltung, dass deutsche Außenpolitik eine Friedenspolitik sein soll?

Die Pläne, sich von dieser Politik abzuwenden, werden schon seit 2012 verfolgt. 50 außen- und sicherheitspolitische Fachleute aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen formulierten im Projekt „Neue Macht – neue Verantwortung“ die Ziele und Ambitionen, die künftig die deutsche Politik entscheidend prägen sollten.

Staatsziel müsse sein, dass Deutschland endlich beherzt eine Weltmachtposition anstrebe. Die „Kultur der Zurückhaltung“ bei militärischen Interventionen, die im Koalitionsvertrag von 2009 gestanden hatte, war in den Vereinbarungen der Regierungsbildung von 2013 nicht mehr enthalten.

Die Reden von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundesaußenminister Steinmeier bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2014 folgten alle dem Ergebnispapier des Projektes: „Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“, sagte Steinmeier.

Ich hoffe, ich fange nicht an, euch zu langweilen. Denn jetzt komme ich zum eigentlichen Kern des Problems, vor dem wir heutzutage stehen.

Die 2014 beginnende erste Eskalation in der Ukraine lieferte den Anlass, um die neuen militärischen Führungsansprüche umgehend umzusetzen. Seither ist die deutsche Strategie- und Streitkräfteplanung darum bemüht, gleich drei Ziele auf einmal zu erreichen. Erstens zielt sie darauf, die heute schon vorhandene Interventionsfähigkeit im Globalen Süden beizubehalten, um die Stabilität der Weltsysteme zu erhalten. Daneben rückt aber Zweitens der Aufbau von Großverbänden im Nato-Rahmen gegen technisch hochversierte Gegner weiter ins Zentrum der Streitkräfteplanung, wofür die Bundeswehr aktuell tiefgreifend umstrukturiert und aufgerüstet wird. Parallel dazu wird aber auch Drittens mittelfristig auf eine „Strategischen Autonomie“ der Europäischen Union gegenüber den USA hingearbeitet.

Dazu leitete die Bundeswehr bereits vor Jahren diverse „Trendwenden“ in den Bereichen Personal, Infrastruktur, Material und Finanzen ein. Alles zusammen brachte einen – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachteten - immensen Militarisierungsschub. Allerdings reichten die zur Verfügung stehenden Finanzmittel bei weitem nicht aus, um alle drei Aufgaben gleichzeitig in vollem Umfang abzudecken.

Das hat sich mit der „Zeitenwende“ grundlegend geändert. Jetzt wird nicht mehr gefragt: „wer soll das bezahlen“? Jetzt wird einfach ein „Sondervermögen“ von 100 Mrd € für die Bundeswehr in unser Grundgesetz geschrieben. Und die Regierung erklärt, dass von nun an mindestens 2% BIP jährlich in Rüstung und Militär fließen sollen. Das ist ein Langzeitprogramm mit dauerhaft 70, 80, 90 oder über 100 Mrd € jährlich, die aus unseren Steuern aufgebracht werden sollen. Und wenn es dann nicht für alle gesetzlichen Aufgaben des Bundes reicht, dann werden – wie vom Finanzminister für den Haushalt 2024 angekündigt – mal eben 20 Mrd € in den Bereichen Arbeit und Familie gekürzt.

Kolleginnen und Kollegen

Seit über einem Jahr tobt dieser entfesselte Krieg in der Ukraine. Fakt ist: weder Wirtschaftskrieg, noch Sanktionen und Waffenlieferungen haben dazu geführt, dass der Krieg beendet wurde. Angesichts der großen globalen Krisen, die durch die Sanktionen gegen Russland noch verschärft wurden, tragen die meisten Regierungen in der Welt diese Sanktionen nicht mit. Von Anfang an ging von ihnen die Forderung an Russland, die Ukraine und die Nato-Staaten zu Verhandlungen.

Auch in Deutschland steigt seit Monaten stetig der Anteil an der Bevölkerung, der (bei allen Zweifeln, ob den Ukrainern mit Waffenlieferungen geholfen ist oder nicht) sagt: Es muss endlich ein Weg zu Frieden durch Verhandlungen gefunden werden. Die das sagen, sind in der Mehrheit.

Es wird aber nicht alles wieder in Ordnung kommen, wenn sich Russen und Ukrainer erst mal an den Verhandlungstisch setzen. Ganz im Gegenteil werden wir uns warm anziehen müssen bei der Umverteilung, die da geplant ist. Wir Gewerkschafter müssen uns darauf einstellen, dass es ab 2026, wenn das „Sondervermögen“ aufgebraucht ist, noch härter kommen wird als jetzt.

Jetzt heißt es, in den Gewerkschaften den Kampf für soziale Gerechtigkeit mit dem Kampf für Frieden zu verknüpfen. Wir müssen bis in die Spitzen unserer Organisationen klar machen: Wenn wir den Kampf für den Frieden nicht aufnehmen, drückt uns die fortschreitende Militarisierung die Luft zum Atmen ab.

Was können wir also in den Gewerkschaften konkret tun?

Einige haben vielleicht schon gesehen, dass wir am Stand die Unterschriftenliste „Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!“ ausliegen haben, die von Kolleginnen und Kollegen im Bezirk Frankfurt und Region begonnen wurde. Wir begrüßen und unterstützen diese Aktion, die sich gegen die rasante Militarisierung wendet. Diese Militarisierung, die die soziale und ökologische Krise und auch den Klimakollaps weiter befeuert.

Andere kennen wohl den Appell von Peter Brandt und anderen namhaften Menschen aus Gewerkschaften und SPD, der im März gestartet wurde. Ihr findet ihn auch in der „Zeitung gegen den Krieg“, die zum diesjährigen Ostermarsch gedruckt wurde.

In unserer Nachbarschaft Hanau haben sich die Friedensplattform, IG Metall, Verdi und einige andere Gruppen zum Bündnis „Hanau für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ zusammengeschlossen und die Kolleginnen und Kollegen an deren Streiktagen im November und März unterstützt. Die Hanauer haben damit ein Beispiel gesetzt, wie der gemeinsame Kampf beginnen kann.

In Hanau findet auch am 23. und 24. Juni die friedenspolitische Gewerkschafterkonferenz „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ von IG Metall in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung statt. Wer teilnehmen will, sollte sich vorher anmelden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich bitte euch, wenn euch das Thema am Herzen liegt, beteiligt euch an den Initiativen innerhalb eurer Gewerkschaften, lasst uns wissen, wo es gewerkschaftliche Friedens-AGs gibt. Beteiligt euch an unserer Friedensinitiative in der Wetterau oder sagt anderen Bescheid, die bereit sein könnten, mitzumachen.

Die Militarisierung, die in Deutschland im Gange ist, bedroht die mühsam von uns erkämpften sozialen Errungenschaften. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen. Jetzt. Gemeinsam.

Danke für eure Aufmerksamkeit und viel Erfolg bei euren gewerkschaftlichen Kämpfen

PS: Wir machen nicht nur jede Woche Donnerstags die Mahnwache, wir treffen uns an jedem zweiten Mittwoch im Monat. Und wir veranstalten Informations- und Diskussionsabende zu verschiedenen Themen.

Die nächste Veranstaltung ist bereits übermorgen. Dann heißt es „Reden wir über Sanktionen und über Wirtschaftskrieg“.

Ihr seid herzlich eingeladen, das Thema mit uns zu vertiefen.